

Streichen die Krankenkassen die Homöopathie aus dem Leistungskatalog?

Auch wenn der Kern des Leistungsangebots der gesetzlichen Krankenkassen festgeschrieben ist, haben diese doch gewisse Freiheiten bei zusätzlichen Kostenübernahmen. So bieten zahlreiche Kassen beispielsweise an, für homöopathische Therapien aufzukommen. Gesetzlich Versicherten, denen dieser Punkt wichtig ist, könnten allerdings bald gezwungen sein, die Kosten selbst zu stemmen.

Denn der einflussreiche SPD-Gesundheitspolitiker und -Parteivorsitzkandidat Prof. Karl Lauterbach fordert, die Leistung komplett zu streichen. Rückendeckung erhält er dabei von Josef Hecken, dem Vorsitzenden des Gemeinsamen Bundesausschusses, von dem der gesetzliche Leistungskatalog festgelegt wird. Aktueller Anlass ist eine Entscheidung des französischen Gesundheitsministeriums, das die Zuschüsse für homöopathische Mittel bis 2021 sukzessive abschaffen will, da deren Wirksamkeit nach wie vor nicht wissenschaftlich habe belegt werden können.

Falls auch in Deutschland die Homöopathie-Kostenübernahme generell entfällt, gibt es für die betroffenen Kassenpatienten (ebenso wie für solche, deren Kassen ohnehin keine Kostenerstattung leisten) eine Alternative: eine private Krankenzusatzversicherung für Naturheilmethoden und Heilpraktikerbehandlungen, die auch für homöopathische Therapien aufkommt.

DAX verzeichnet eines der besten ersten Halbjahre

In der Zeit von Januar bis Juni hat der DAX so viel Boden gutgemacht wie selten zuvor. Um über 17 Prozent legte der deutsche Leitindex zu – was allerdings nach dem verkorksten Börsenjahr 2018 auch fällig war, für das ein Verlust von rund 18 Prozent zu Buche stand. Andere Indizes zeigen die gleiche Tendenz: So erklomm der US-Index S&P 500 im Juni ein neues Allzeithoch.

Dass es auch in der zweiten Jahreshälfte so fulminant weitergeht, darf indes bezweifelt werden. Nach wie vor hängt der US-chinesische Handelskonflikt wie eine Gewitterwolke über der Weltkonjunktur, der Brexit steht zu Halloween an, und viele Ökonomen sehen das Boom-Potenzial in den Industriestaaten als vorerst ausgereizt an. So prognostizierte der Commerzbank-Analyst Andreas Hürkamp im „Handelsblatt“: „Mittelfristig sind die Aussichten für die Gewinnrends nach zehn Jahren Aufschwung aber nur noch mäßig, so dass wir für August und September bei US-Aktien eine Korrektur erwarten.“ Kommt es dazu, dürfte auch der DAX mitgezogen werden. Allerdings wurde das Ende des Aufschwungs schon einige Male ausgerufen, wohingegen sich das Wachstum nach einigen Dellen in den letzten Jahren langfristig immer fortsetzte.

Zwischen Nord- und Ostsee brennt es am häufigsten

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft hat erstmals die regional unterschiedliche Feuergefährdung in Deutschland untersucht. Als Datenbasis dienten Schadensfälle in der Wohngebäudeversicherung, die Brandschäden abdeckt. Wie die Analysten feststellten, ist die Brandgefahr in Schleswig-Holstein mehr als doppelt so hoch wie in Oberbayern.

In Zahlen: Zwischen Nord- und Ostsee kommt es 47 Prozent häufiger zu Bränden als im Bundesdurchschnitt, in Oberbayern dagegen 29 Prozent seltener. Ein erhöhtes Brandrisiko gibt es auch in Mecklenburg-Vorpommern (135 Prozent), Lüneburg (132), Bremen (127) und Weser-Ems (125). Im Süden der Republik dagegen werden unterdurchschnittliche Werte verzeichnet, neben Oberbayern stechen hier vor allem Schwaben (74), Mittelfranken (78), Stuttgart und Unterfranken (beide 84) heraus.

Etwa alle drei Minuten schlägt Feuer in Deutschland im Schnitt zu, womit sich die Schadensfälle auf rund 200.000 jährlich summieren. Die dadurch verursachten Kosten beliefen sich 2018 auf circa 1,2 Milliarden Euro. Erfasst sind dabei allerdings nur versicherte Fälle.

Globales Vermögen ist 2018 kaum gewachsen

Vor allem aufgrund des Börsenkurseinbruchs im vierten Quartal lief das vergangene Jahr für Anleger eher mäßig. Der „Global Wealth Report“ der Boston Consulting Group konstatiert eine Vermögensvermehrung (ohne Immobilien) um nur 1,6 Prozent. In den fünf Jahren zuvor waren es im Schnitt noch 6,2 Prozent.

Die bei Deutschen verbreitete Scheu vor Aktien sorgte dafür, dass die Talfahrt an den Börsen das Jahresgesamtergebnis hierzulande nicht ganz so stark beeinträchtigte. Dadurch stehen für 2018 immerhin 1,9 Prozent Vermögenswachstum unterm Strich. Kehrseite der Medaille: Bei der Aufholjagd dieses Jahres sind die deutschen Anleger weitgehend außen vor – schon in den ersten sieben Monaten hat der DAX die Verluste wettgemacht.

Wie der „Global Wealth Report“ berichtet, stieg die Zahl der Millionäre weltweit im letzten Jahr auf über 22 Millionen, ein Plus von 2,1 Prozent. In Deutschland verfügen demnach rund 400.000 Personen über ein Finanzvermögen jenseits der Millionengrenze. Auf noch mehr kommt die vergleichsweise kleine Schweiz: Dort wohnen etwa eine halbe Million Millionäre – das ist ungefähr jeder 17. Bürger.

Die Rente braucht den Kapitalmarkt – sagt die Rentenversicherung

Dass das deutsche Rentensystem nicht zukunftsfest aufgestellt ist, gilt weitgehend als Konsens. Daher wurden in den letzten Jahren immer wieder neue Konzepte für eine Rentensäule erdacht, die sich zumindest teilweise auf den Kapitalmarkt stützt – von „Extrarente“ über „Deutschlandrente“ bis hin zum „Vorsorgekonto“.

Die Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV) hat diese Vorschläge für eine institutionalisierte kapitalgedeckte Rente kürzlich unter die Lupe genommen. Allen Modellen wurden teils erhebliche Schwachstellen bescheinigt. Je detailreicher eines ausgearbeitet sei, desto größer werde die Zahl der Probleme, sagte der Leiter des Geschäftsbereichs Forschung und Entwicklung, Reinhold Thiede, kürzlich auf einer Berliner Fachtagung und fügte lakonisch hinzu: „Wir suchen nach einem tollen Produkt, haben es aber bisher nicht gefunden.“

Thiede betonte jedoch, dass eine Kapitalmarkt-Komponente sinnvoll und notwendig sei. Eine solche bieten auch fondsgebundene Rentenpolicen, deren gute Renditechancen sich mit Beitragsgarantien verbinden lassen. Da eine staatliche Lösung noch eine Zeitlang auf sich warten lassen dürfte, tun die Bürger gut daran, sich privat um die Sicherung ihres Lebensstandards im Alter zu kümmern.

Irrtümer über nachhaltige Geldanlagen stark verbreitet

Nicht erst seit „Fridays for Future“ steigen nachhaltige Geldanlagen in der Gunst der Anleger. Die haben jedoch häufig eher unklare – und manchmal schlicht falsche – Vorstellungen davon, was Nachhaltigkeit in diesem Zusammenhang eigentlich bedeutet. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat nun mit einer Umfrage erhoben, wie es um das Wissen auf diesem Gebiet bei den Deutschen bestellt ist. Die Ergebnisse zeigen: Es gibt noch großen Aufklärungsbedarf.

So gehen etwa 27 Prozent der befragten Personen davon aus, dass sich nachhaltige Investments allein um den Umweltschutz bemühen würden. 24 Prozent konnten dazu gar nichts sagen. Mehr als die Hälfte der Umfrageteilnehmer meint, dass Klimaschutz das zentrale Anliegen nachhaltiger Geldanlagen sei. Folglich halten 19 Prozent auch Investitionen in Atomkraftwerke für nachhaltig. Ebenso findet rund ein Viertel, dass Biokleidungs-Hersteller ein nachhaltiges Investment darstellen – auch wenn Kinderarbeit im Spiel ist.

Tatsächlich hat sich im Finanzmarkt ein Dreiklang namens ESG-Kriterien als Maßstab für Nachhaltigkeit etabliert. Darin kommt der Umwelt (Environment) die gleiche Bedeutung zu wie dem Sozialen und der guten Unternehmensführung (Governance). Es bleibt allerdings ein großer Spielraum für die Auslegung dieser Kriterien, den die Fondsmanager auch nutzen. Wer nachhaltig investieren will, sollte sich also gründlich informieren, am besten mithilfe eines unabhängigen Profis.

Beschwerdequote spricht nicht für „Run-offs“ von Lebensversicherungen

Der Verkauf kompletter Lebensversicherungs-Vertragsbestände an externe Abwickler („Run-off“) wird in den letzten Jahren heiß diskutiert. Die verkaufenden Versicherer wie auch die Erwerber bekräftigen stets, dass für die Kunden im Prinzip alles beim Alten bleibe.

Die Beschwerdestatistik der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) lässt daran nun erneut Zweifel aufkommen: Zum zweiten Mal in Folge verzeichnete der Run-off-Spezialist Skandia/Viridium die höchste Quote. Bei ihm kommt eine Beschwerde auf 5.684 Verträge. Der Marktdurchschnitt liegt bei einer Beschwerde auf 62.249 Policen. Viridium hat erst zum 30. April die Übernahme von rund 3,8 Millionen Lebensversicherungen der Generali abgeschlossen. Bei den Zwangs-Neukunden dürfte die neuerliche Negativ-Spitzenplatzierung in der Beschwerdestatistik nicht für größeres Vertrauen sorgen.

Insgesamt bearbeitete die BaFin im letzten Jahr 1.284 Beschwerden über 68 Lebensversicherer. Von diesen verzeichneten neun eine Beschwerdequote, die mehr als doppelt so hoch wie der Durchschnitt lag.

Große Sparanstrengung, kleines Vermögen

Sparen die Deutschen falsch? Diese Frage stellt sich, wenn man verschiedene Länder und ihre Sparergebnisse vergleicht. Mit ihrem Einkommen und ihrer Sparquote zählen die Deutschen zu den Spitzenreitern in Europa. So betrug das Medianeinkommen 2016 rund 35.500 Euro (Median bedeutet: Eine Hälfte der Haushalte hatte ein höheres, die andere ein niedrigeres Einkommen). In Frankreich waren es 30.500, in Italien 25.000 und in Griechenland 17.000 Euro. Ebenfalls weit über dem Durchschnitt rangiert die Sparquote hierzulande, die ungefähr bei 17 Prozent liegt.

Anders sieht es jedoch aus, wenn man sich das Medianvermögen pro Kopf ansieht: Hier hinken die Deutschen mit 60.800 Euro deutlich hinterher, sogar die krisengeplagten Griechen kommen auf einen höheren Betrag, nämlich 65.100 Euro. Franzosen verbuchen 113.300, Italiener 146.200, Spanier 159.600 Euro.

Dieses Missverhältnis legt den Schluss nahe, dass die gesparten Mittel nicht effektiv – also rentabel – angelegt werden. Experten raten zu mehr Sachwerten wie Immobilien und vor allem zu mehr Börsenengagement.